



Die Metropole Lyon hat einen entscheidenden Schritt unternommen, um gegen die Verschmutzung durch sogenannte „ewige Schadstoffe“ vorzugehen, indem sie rechtliche Schritte gegen die Industrieunternehmen Arkema und Daikin eingeleitet hat. Diese Aktion markiert einen wichtigen Moment im Kampf gegen eine der hartnäckigsten Formen der Umweltverschmutzung: die Kontamination durch PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen).

Im Januar teilte die regionale Gesundheitsbehörde mit, dass das Trinkwasser, das von 166.000 Bewohnern der Region Auvergne-Rhône-Alpes täglich konsumiert wird, PFAS in einer Konzentration enthält, die über dem europäischen Referenzwert liegt. Diese Stoffe, die in vielen industriellen Prozessen und Produkten verwendet werden, sind aufgrund ihrer Langlebigkeit und der Tendenz, sich in der Umwelt und im menschlichen Körper anzusammeln, als „ewige Schadstoffe“ bekannt.

Die Besorgnis über die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Chemikalien ist nicht unbegründet. Erste Studien deuten darauf hin, dass eine langfristige Exposition gegenüber PFAS die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und bestimmte Krebsarten begünstigen könnte. Diese Stoffe sind fast unzerstörbar und reichern sich mit der Zeit in der Umwelt an, was sie zu einer dauerhaften Bedrohung für Ökosysteme und die menschliche Gesundheit macht.

Die Metropole Lyon hat nun Arkema und Daikin vor Gericht gebracht, in der Hoffnung, das „Verursacherprinzip“ durchzusetzen und die Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Diese rechtliche Auseinandersetzung könnte eine entscheidende Rolle dabei spielen, die finanzielle Last der notwendigen Sanierungsarbeiten auf die Verursacher der Verschmutzung zu übertragen. Die geschätzten Kosten für die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung der Trinkwasservorschriften belaufen sich allein für die Metropolregion Lyon auf 5 bis 10 Millionen Euro.

Dieser Fall in Lyon ist beispielhaft für ein wachsendes globales Bewusstsein für die Gefahren von PFAS. In den USA haben Sammelklagen gegen Industrieunternehmen zu milliardenschweren Vergleichen geführt, die die Schwere und den Umfang der durch PFAS verursachten Umweltschäden anerkennen. Die französische Regierung hat ebenfalls Maßnahmen ergriffen, um ihre Reaktion auf die zunehmenden Bedenken hinsichtlich PFAS zu strukturieren und die Einhaltung europäischer Richtlinien zu gewährleisten.

Der Fall der Metropole Lyon gegen Arkema und Daikin unterstreicht die dringende Notwendigkeit, gegen die Verbreitung von PFAS und anderen dauerhaften Umweltschadstoffen vorzugehen. Während die rechtlichen Herausforderungen komplex sind, ist die Botschaft klar: Umweltverschmutzer müssen zur Rechenschaft gezogen werden, und



Lyon im Kampf gegen „ewige Schadstoffe“: Rechtliche Schritte gegen Umweltverschmutzer

die Gesundheit der Bevölkerung sowie der Schutz der Umwelt müssen Vorrang haben.